

PRESSEMITTEILUNG

„Hilfe muss schnell kommen und schnell wirken“

Brauer-Bund wertet Abwehrschirm der Regierung als wichtigen Schritt

Berlin, 5. Oktober 2022. Der Deutsche Brauer-Bund (DBB) hat den von der Bundesregierung in Aussicht gestellten „Abwehrschirm“ zur Senkung der dramatisch gestiegenen Energiepreise begrüßt. Es sei „ein später, aber richtiger Schritt“, dass der Bund die umstrittene Gasumlage in letzter Minute gestoppt habe und nun eine Preisbremse für Strom und Gas vorbereite, sagte DBB-Hauptgeschäftsführer Holger Eichele in Berlin. Jetzt komme es darauf an, dass die Bundesregierung keine weitere Zeit verliere und für Unternehmen „unbürokratische Hilfen auf den Weg bringt, die schnell kommen und schnell wirken“.

In der Brauwirtschaft wie auch in der gesamten deutschen Lebensmittelwirtschaft kämpfen immer mehr Betriebe mit den Folgen der durch Russland ausgelösten Energiekrise. „Was Handwerk, Mittelstand und Industrie dringend brauchen, sind bezahlbare Energie und Planungssicherheit“, betont Eichele. Offenbar sei noch nicht jedem Akteur klar, wie ernst die Lage ist: „Immer mehr Branchen stehen mit dem Rücken zur Wand. Wenn Bund und Länder nicht bald eine gemeinsame Linie finden und entschlossen handeln, werden manche Betriebe den Jahreswechsel nicht überleben.“ Angesichts der Existenzkrise hatte der DBB gemeinsam mit Mitglieds- und Partnerverbänden einen dringenden Appell an die Politik formuliert und darauf hingewiesen, dass die Kostensteigerungen für Betriebe längst ein existenzbedrohendes Ausmaß erreicht haben. Zusätzliche Sorgen bereitet der Brauwirtschaft die zunehmend schwierige Lage des Gastgewerbes, wo angesichts explodierender Kosten und sinkender Umsätze laut einer aktuellen DEHOGA-Umfrage erneut zwei Drittel der Betriebe um ihr Überleben bangen. Die Brauereien sind die engsten Partner der Gastronomie und haben bereits durch die mehrmonatigen Lockdowns in der Corona-Krise schwere Einbußen erlitten.

Derzeit diskutieren Bund und Länder auf der einen Seite und eine Expertenkommission der Regierung auf der anderen Seite eine Lösung für die Ausgestaltung der geplanten Preisdeckel für Strom und Gas. Zuvor hatte der Bund angekündigt, mit einem Schutzschirm von 200 Milliarden Euro Verbraucher und Wirtschaft vor hohen Energiepreisen im Zuge des Ukraine-Kriegs schützen zu wollen. Das bestehende Energiekostendämpfungsprogramm soll erweitert werden und Teil des neuen Maßnahmenpaketes sein. „Welche Unternehmen können Hilfen beantragen? Welche Kriterien sind zu erfüllen? Welche Laufzeit haben die Programme? Es kommt jetzt darauf an, so schnell wie möglich alle Einzelfragen zu klären und die Hilfen in Kraft zu setzen, bevor es zu spät ist“, fordert der Brauer-Bund, der als Dachverband die Interessen von 1.500 überwiegend handwerklichen und

mittelständischen Brauereien in Deutschland vertritt. Die Auflagen für Unternehmen, die in der Krise Unterstützungsleistungen erhalten, müssten mit Augenmaß gestaltet werden, so der DBB, schließlich seien die dringend auf Hilfe angewiesenen Unternehmen nicht durch eigenes Verschulden in die bestehende Notlage geraten. Wichtig sei auch, dass der Bund jene Unternehmen im Blick behalte, die in der Krise in den „Fuel Switch“ investiert haben und von Gas auf Öl umgestiegen sind. Als „positives Signal“ bewertet es der Verband, dass sich die Regierungskoalition offen zeigt für ein „Belastungsmoratorium“ zur Vermeidung unverhältnismäßiger Bürokratie. „Hier müssen den Ankündigungen nun aber auch Taten folgen.“

Nach Einschätzung des Brauer-Bundes konzentriert sich die Politik in ihrem Krisenmanagement zurecht auf die Eindämmung der explodierenden Energiekosten und auf die Stärkung der inländischen Energieproduktion, man dürfe dabei aber nicht aus dem Blick verlieren, wie bedroht die Sicherheit der komplexen Lieferketten sei. „Die Verknappung von Ressourcen, Rohstoffen und Werkstoffen nimmt bedrohliche Ausmaße an“, warnt DBB-Hauptgeschäftsführer Eichele. Der Mangel an Kohlensäure oder Ad Blue sei nur Vorbote einer Entwicklung, die sich dramatisch beschleunigen werde, sollten in nächster Zeit – etwa gefördert durch ein mögliches Gas-Prämienmodell – weitere Zuliefererbranchen wegen hoher Energiekosten ihre Produktion einschränken oder einstellen.

Viele der 1.500 Brauereien in Deutschland leiden derzeit unter einem akuten Mangel an Kohlensäure. Um den Betrieben Hilfe zur Selbsthilfe anzubieten, hat der DBB eine [Internetseite](#) aufgebaut, die Anbieter von Kohlensäure und Betriebe, die dringend Kohlensäure benötigen, miteinander vernetzt. Die Online-Plattform steht allen produzierenden Betrieben aus der Getränkeindustrie offen.

Pressekontakt:

Nina Göllinger

Pressesprecherin

Tel.: 030/209167-16

E-Mail: goellinger@brauer-bund.de



Folgen Sie uns auf Twitter: @germanbrewers